

Heinz FASSMANN, Wien

Ausländer in der Stadt.

Demographische Befunde, gesellschaftliche Problembereiche und politische Strategien

Summary

During the nineties, both the demographic situation and the social structure of many European cities underwent fundamental changes. Before that, a decline in the number of inhabitants had been considered the main political problem to be tackled, now the focus shifted to questions such as how many immigrants a city needed or was able to cope with, and how they should be absorbed into the native population. This is true for certain cities in Italy as well as in Germany, France or Austria. "Aliens in the city" became the prevailing controversial issue in many communal election campaigns and the distinguishing feature in the programs of political parties. "Stop immigration!", "Stop domination by foreign influences!" or "Jobs for native citizens only!" were and are slogans recurring in communal election campaigns. It is, however, not acceptable to dismiss this debate as simply spurious from the point of content. Fact is that the demographic regimes did change in the European cities, and an increasing number of immigrants and a high ratio of aliens are elements responsible for this development. In this paper an attempt is made to assess the extent of these changes, to describe typical conflicts concerning dwellings and jobs, and to point out central political concepts of integration.

1 Vorbemerkung

In der politischen, aber auch in der sozialwissenschaftlichen Krisenrhetorik der 1990er Jahre genossen alle Fragen, die mit der Zuwanderung ausländischer Wohnbevölkerung zusammenhängen, einen zentralen Stellenwert. Sie haben andere Themen wie die Krise der Kernstadt, die Verödung der Innenstädte und das drohende Aussterben Deutschlands oder Österreichs weitgehend verdrängt. Tatsächlich haben sich die demographische Situation und die soziale Realität vieler europäischer Städte in den 1990er Jahren entscheidend verändert. Galt bis dahin die Abnahme der Wohnbevölkerung

als die entscheidende Herausforderung an die städtische Politik, so rückten nun Fragen, wie viel an Zuwanderung eine Stadt benötigt und verträgt und in welcher Weise die zugewanderte Bevölkerung in die Mehrheitsgesellschaft aufgenommen werden soll, in das Blickfeld des Interesses. Dies gilt für ausgewählte Städte Italiens ebenso wie für Deutschland, Frankreich oder Österreich. Das Thema „Ausländer in der Stadt“ wurde zum Leitthema vieler kommunaler Wahlkämpfe und zum programmatischen Unterscheidungsmerkmal politischer Parteien. „Stopp der Zuwanderung!“ oder „Stopp der Überfremdung!“ oder „Arbeitsplätze nur für Inländer!“ sind und waren Parolen, die in kommunalen Wahlkämpfen immer wieder auftauchen. Dennoch wäre es falsch, diese Debatte als eine, inhaltlich unbegründete Scheindebatte abzutun. Tatsächlich hat sich das demographische Regime in den europäischen Städten verändert und die steigende Zuwanderung sowie der hohe Ausländeranteil sind Elemente dieses Wandels.

2 Der beispielhafte Befund: Ausländer in deutschen Großstädten

Am Beispiel der deutschen Großstädte kann die empirische Fundierung der neu erwachten Diskussion um Ausländer in der Stadt unschwer erbracht werden. Von 1990 bis 1997 erhöhte sich der Ausländeranteil in den größten Städten Deutschlands mit mehr als 300.000 Einwohnern von rund 12% auf knapp 16%. Überdurchschnittlich stark stieg der Ausländeranteil in jenen Städten, die 1990 noch einen eher geringen Ausländeranteil aufwiesen, wie in Hannover, Dortmund, Bremen oder Essen. Die Ausländeranteile in den deutschen Großstädten glichen sich somit in den 1990er Jahren weitgehend aneinander an. Die früher noch erheblichen Unterschiede zwischen den „erfolgreichen“ und damit für Zuwanderer attraktiven Städten wie München, Stuttgart, Frankfurt/a.M. oder Hamburg und den Städten mit strukturellen Problemen (Essen, Dortmund) bzw. in den neuen Ländern (Leipzig, Dresden) sind geringer geworden, die Variationskoeffizienten der Ausländeranteile haben sich von 32,1 (1990) auf 24,3 (1997) verringert.¹ Hohe Ausländeranteile sind somit nicht mehr nur eine Erscheinung einiger weniger und vor allem großer Städte, sondern ein allgemeines Phänomen der

¹ Gans kommt zu einem gegenteiligen Resultat. Er ortet einen überproportionalen Anstieg des Ausländeranteils in den Großstädten mit mindestens 500.000 Einwohnern und einer funktionalen Spezialisierung von internationaler Bedeutung (München, Stuttgart, Frankfurt am Main und Hamburg) und eine unterdurchschnittliche Erhöhung des Ausländeranteils in Großstädten mit strukturellen Problemen (Essen, Duisburg, Bochum, Hannover und Nürnberg). Die Ursache dafür liegt jedoch im unterschiedlichen Zeitfenster. Gans hat den Zeitraum 1984 bis 1994 betrachtet und damit das „Vorausseilen“ der erfolgreichen Großstädte miterfasst (GANS 1997a, 404).

urbanen Entwicklung in Deutschland und – mit Abstrichen – auch in anderen Metropolen Europas.²

Steigende Ausländeranteile können auf unterschiedliche demographische, soziale und ökonomische Prozesse zurückgeführt werden. Sie sind direkt Folge einer verstärkten Zuwanderung aus dem Ausland und eines Rückganges der inländischen Bevölkerung, was wiederum auf die niedrigen Geburtenzahlen und auf die Abwanderung in das Stadtumland zurückgeführt werden kann. Die verstärkte Zuwanderung erhöht die Zahl der ausländischen Wohnbevölkerung auf der einen Seite, der negative Saldo aus Geburten- und Sterbefällen sowie die Suburbanisierung reduzieren die Bezugspopulation auf der anderen Seite. Dazu kam eine bis dato relativ gebremste Einbürgerung, die zusätzlich für eine hohe Ausländerzahl sorgte.

Tab. 1: Einwohner 1997 und Entwicklung des Ausländeranteils (1990–1997) in den Städten Deutschlands mit mehr als 300.000 Einwohnern

Kreisfreie Stadt	Einwohner 1997	Ausländeranteil 1990 in %	Ausländeranteil 1997 in %
Berlin	3.425.800	9,2	12,6
Hamburg	1.704.700	12,0	15,2
München	1.205.900	19,8	23,6
Köln	964.300	16,5	19,6
Frankfurt/M.	643.500	24,2	24,9
Essen	608.700	8,1	11,3
Dortmund	594.900	11,0	15,7
Stuttgart	585.300	20,5	24,8
Düsseldorf	571.000	14,5	17,0
Bremen	547.000	10,4	14,7
Duisburg	529.100	14,6	17,8
Hannover	520.700	11,0	16,2
Nürnberg	489.800	13,8	17,6
Dresden	459.220	–	3,6
Leipzig	446.490	–	4,9
Bochum	395.800	8,1	11,6
Wuppertal	376.700	13,2	16,3
Bielefeld	323.200	10,9	13,0
Mannheim	310.500	16,8	20,9
Bonn	304.800	13,0	17,0

Quelle: Inkar-Datenbasis der BBR; eigene Berechnung

² Der höchste Ausländeranteil in den europäischen Großstädten findet sich in Brüssel mit einem Ausländeranteil von fast 30%, die Hälfte davon aus einem anderen EU-Staat. Aber auch in Städten wie Mailand oder Rom beträgt der Anteil der legal anwesenden Ausländer bereits rund 5%.

Die niedrigen Geburtenzahlen in den Städten, die weiterhin anhaltende Suburbanisierung sowie die verstärkte Zuwanderung aus dem Ausland sind eingebettet in ein komplexes Feld von unterschiedlichen Faktoren, die an dieser Stelle nicht im Detail zu erläutern sind. Die niedrigen Geburtenzahlen hängen jedenfalls mit der Altersstruktur der weiblichen Bevölkerung und deren generativen Verhaltensweisen zusammen, die Suburbanisierung mit spezifischen Wohnwünschen und Lebensstilen und die Zuwanderung aus dem Ausland mit der Summe an Push- und Pullfaktoren, die Wanderungen beeinflussen: Einkommensunterschiede zwischen Herkunfts- und Zielregionen sowie Flucht und Vertreibung (TREIBEL 1990).

Das alles reicht aber nicht aus, um den steigenden Ausländeranteil in den Städten in den vergangenen Jahren zu erklären. Die genannten Faktoren müssen ergänzt werden um jene allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die zum Funktionsgewinn der Städte und zur Steigerung der Attraktivität derselben beigetragen haben. Die Stichworte sind Globalisierung und Entwicklung der Dienstleistungsökonomie. In einer Zeit globalisierter Kapital- und Informationsverarbeitung und der damit zusammenhängenden Internationalisierung der Güterproduktion gewinnen die Städte als Steuerungszentralen neue Bedeutung. Dort entstehen und entstanden neue und qualifizierte Arbeitsplätze, um Märkte zu beobachten, Standorte auszuwählen, Produktionsprozesse zu kontrollieren und wirtschaftliche Entscheidungen zu treffen. Städte wurden für eine internationale Elitenwanderung ebenso attraktiv wie für eine Zuwanderung geringer qualifizierter Arbeitskräfte, die im Bereich der persönlichen Dienstleistungen, als Putzfrau, Altenbetreuer oder Kindermädchen, eine Erwerbsmöglichkeit findet. Die Elitenwanderung induzierte in vielen Fällen auch das Wachstum der personenbezogenen Dienstleistungsarbeitsplätze und damit der entsprechenden Zuwanderung.³

3 Ausländer und gesellschaftliche Problembereiche

Die Zuwanderung stabilisiert die Bevölkerungszahl, gleicht die Abwanderung der Inländer aus den Kernstädten aus und sorgt für eine gewisse „Verjüngung“ der Bevölkerung. Sie kompensiert bis zu einem gewissen Grad die hohe und altersstrukturbedingte Sterblichkeit der inländischen Wohnbevölkerung und sie sorgt für zahlreichere Geburten. Einerseits weil die Migranten ein anderes generatives Verhalten mitbringen und anderer-

³ Diesem Argument folgend, ergibt sich eine Abhängigkeit der Zuwanderung von der jeweiligen ökonomischen Positionierung der Städte im nationalen und internationalen Städtesystem. Tatsächlich lassen sich die unterschiedlichen Ausländeranteile in den Städten Deutschlands als Funktion des ökonomischen Strukturwandels interpretieren (vgl. GANS 1997a).

seits weil diese jünger sind. Mit der verstärkten Zuwanderung kommen auch mehr potenzielle Mütter und Väter in die Stadt, die in weiterer Folge für mehr Geburten sorgen.

Was demographisch gesehen positiv zu bewerten ist, stellt in anderen Bereichen eine Herausforderung an eine ordnende Stadtentwicklungspolitik dar. Zuwanderer benötigen Wohnraum und sie beanspruchen ihn in den meisten Fällen – wenn man von der Elitenwanderung absieht – zu einem günstigen Preis. Ihre meist limitierten finanziellen Möglichkeiten schränken den ihnen offen stehenden Wohnungsmarkt ein. Nicht mehr alle Wohnungen können potenziell bezogen werden, sondern nur die billigen und manchmal auch abgewohnten Wohnungen in schlechter Lage. Manchmal kommen rechtliche Barrieren hinzu, die der ausländischen Wohnbevölkerung den Zugang zu günstigen und mit öffentlichen Mitteln subventionierten Wohnungen verunmöglichen (KESSLER u. ROSS 1991). Die Konzentration der ausländischen Wohnbevölkerung auf bestimmte Segmente des Wohnungsmarktes und damit meist auch auf ein oder mehrere spezifische Viertel in der Stadt sind die Folge. Die ausländische Wohnbevölkerung segregiert sich in der Stadt und weist, auch in deutschen Städten beobachtbar, kleinräumige Ghettoisierungstendenzen auf (HAUSMANN 1991). Erst dies erzeugt aber jene Folgeprobleme, die in der öffentlichen Diskussion und als unmittelbare Auslöser von Fremdenfeindlichkeit eine zentrale Rolle spielen: die Konzentration von Schülern mit nichtdeutscher Muttersprache auf Pflichtschulen in Gründerzeitvierteln, die sichtbare Konzentration von jugendlichen Ausländern auf Straßen, Plätzen und in Parkanlagen dieser Stadtviertel (EMMENEGGER 1996).

Konflikte ergeben sich auch auf den städtischen Arbeitsmärkten, obwohl deren Aufnahmebereitschaft einer der wichtigsten Pullfaktoren darstellt. Zuwanderer, außerhalb der Elitenmigration, weisen in der Regel eine hohe Erwerbsbereitschaft auf und sie sind bereit, alles zu tun, was ihnen als Beschäftigung angeboten wird. Ihre Flexibilität und die Bereitschaft, niedrigere Löhne zu akzeptieren, sichern vielen die Integration auf dem Arbeitsmarkt. Sie finden vor allem in jenen Branchen eine Arbeit, wo z.T. Arbeiten mit großem physischem Einsatz und hohem Unfallrisiko (Schwerindustrie), eine Berufsausübung auch bei schlechter Witterung im Freien (Baugewerbe), „schmutzige“ Arbeiten mit niedrigem Sozialprestige (Reinigungsberufe) und Arbeiten mit nicht klar definierter Arbeitszeit und eingeschränkter Freizeit (Gastgewerbe) dominieren. Insgesamt handelt es sich also um Tätigkeiten, bei denen sich die Attribute „unangenehm“, „schlechte Bezahlung“ und „geringes Prestige“ überschneiden (FASSMANN u. MÜNZ 1992). In diesen „typischen“ Sektoren war und ist ein steigender Druck auf Löhne und Gehälter zu beobachten, weil mehr potenzielle Arbeitskräfte als

zuvor bereit waren und sind, notfalls auch bei geringerer Bezahlung eine Beschäftigung aufzunehmen (SEIFERT 1995). Eine Verdrängung älterer in- und ausländischer Arbeitnehmer in die Arbeitslosigkeit, ein Ausscheiden von Frauen aus dem Erwerbsleben und ein Absinken der Löhne für spezifische, zumeist gering qualifizierte und wenig prestigeträchtige Tätigkeiten sind die Folgen. Dass diese Verdrängung und der relative Wohlstandsverlust von vielen aber nicht widerspruchslos hingenommen werden, muss nicht weiter betont werden (DIPPEL 1994).

Schließlich ergeben sich latente und seltener manifeste Konflikte als Folge der wachsenden kulturellen, religiösen und ethnischen Differenzierungen in den deutschen und europäischen Städten. Die Bevölkerung ist mit sichtbaren Veränderungen konfrontiert, Menschen erleben den Wandel ihres früher kulturell homogenen Wohnviertels zu einem multikulturellen und multiethnischen Stadtteil und viele verstehen diese Entwicklung nicht (KRUMMACHER et al. 1995; LANGKAU-HERRMANN 1981). Sie finden keine Antworten auf die Fragen, wieso es dazu kommt und warum diese Veränderungen nicht unbedingt eine Bedrohung darstellen müssen. Sie stehen den polnischen Baubrigaden, der wachsenden Kolonie von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion, den Markthändlern vom Balkan, den Hausmeistern aus dem ehemaligen Jugoslawien aber auch den Konzerndirektoren aus Frankreich, den Niederlanden und den USA mit Skepsis und Ablehnung gegenüber und sehnen sich nach jener kurzen historischen Phase zurück als Wien, Berlin oder München tatsächlich kulturell und ethnisch weitgehend homogen waren.

4 Konzepte der Aufnahme und Eingliederung

Die Frage, wie aus heterogenen Zuwanderergruppen eine Stadtbevölkerung entsteht, ist wesentlich für eine konfliktarme Stadtentwicklung. Sie ist gleichermaßen aktuell wie alt (SACKMANN 1997). An dieser Frage hat sich die Stadtsoziologie bereits in ihren Anfängen gerieben und darin ihre Daseinsberechtigung gefunden. Stadtsoziologie war immer eine Großstadtsoziologie, entstanden aus der Kritik an den sozialen Verhältnissen der wachsenden Städte des 19. Jahrhunderts. Die Großstadt wurde als Zumutung empfunden und für den Verfall der Sitten und die Unmoral der Zeit verantwortlich gemacht.

Bei der Beantwortung der Frage, wie eine Stadt mit der Zuwanderung umzugehen hat, ist die Stadtsoziologie daher nicht sprachlos. Zumindest drei Konzepte – sowohl analytischer als auch normativer Natur – sind zu unterscheiden: das Assimilationskonzept der Sozialökologie, das Rotationskonzept der Gastarbeiterwanderung und das Modell einer ethnischen oder kulturellen Pluralität.

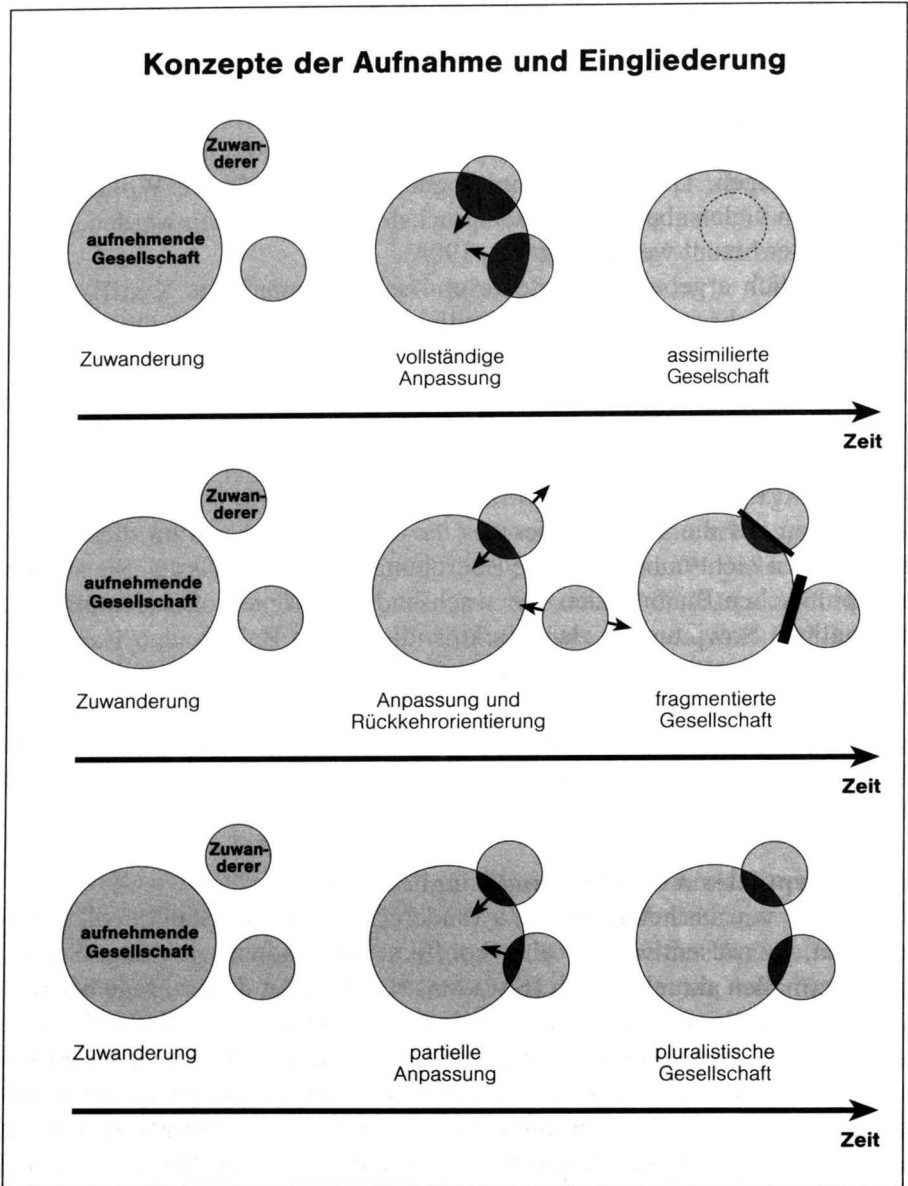


Abb. 1: Konzepte der gesellschaftlichen Eingliederung von Zuwanderern

4.1 Das Assimilationskonzept der Sozialökologie

Die liberale Antwort des 19. und frühen 20. Jahrhunderts lautete Assimilation durch einen Anpassungsprozess an die gültigen Normen und Werte der aufnehmenden Gesellschaft. Dieser Anpassungsprozess („race-relation

cycle“) musste weder gesteuert noch politisch angeordnet werden, er läuft einfach ab – so die damalige Ansicht. Wer in der Stadt bestehen will, wer auf dem Arbeitsmarkt Erfolg haben möchte, der muss die Mechanismen erkennen und sein Verhalten, seine Sprache, sein Auftreten, seinen kulturellen Habitus insgesamt dem der Mehrheitsgesellschaft unterordnen. Aus Zuwanderern werden so nach und nach assimilierte Bürger, aus einer ethnisch heterogenen Ansammlung von Menschen eine ethnisch homogene und damit stabile Stadtgesellschaft.

Dieser Anpassungsprozess, der für jeden Zuwanderer schwierig, konfliktreich und manchmal auch frustrierend ist, läuft nicht ausschließlich individualisiert und ungeschützt ab. Die ethnic community, die dem Zuwanderer die erste Heimstätte in der neuen Heimat gewährt hat, bietet ihm Sicherheit und Geborgenheit, aus der immer wieder der Kontakt, aber auch der Konflikt mit der aufnehmenden Gesellschaft gesucht wird. Für PARK, BURGESS und MCKENZIE war das Prinzip der „neighborhoods“, der sozialen, ethnischen und räumlichen Communities, Ursache und Strategie der Großstadtbildung zugleich (MCKENZIE 1974; PARK 1974; PARK u. BURGESS 1967). Die Stadt in Mosaike zu zerlegen, ist auf der einen Seite Kennzeichen der Großstadt und auf der anderen Seite der einzige Weg, um die Folgen des mit der Zuwanderung verbundenen Desintegrationsprozesses zu bewältigen. Zwischen der Freiheit der Großstadt und der Kontrolle innerhalb der „neighborhoods“ existiert ein Spannungsverhältnis, aber auch eine symbiotische Ergänzung. Die Segmentierung der Gesellschaft in räumliche und soziale Teilgruppen zähmt die aus damaliger Sicht gefährliche Tendenz zur Individualisierung und zur Desorganisation, die aus der Loslösung von normgebenden Institutionen (z.B. der Kirche) resultiert. Sie schafft für einen begrenzten Zeitraum einen Raum der sozialen Ordnung. Wie lange die „neighborhood“ auch als „moral region“ währt, konnte schwer vorhergesagt werden. Park nahm jedenfalls an, dass diese zumindest für eine Generation die moralische Instanz bilden würde. Dann verlassen die erfolgreichen, angepassten und assimilierten Zuwanderer der zweiten Generation ihre „natural areas“ und suchen sich jene Gemeinschaft, die nun zu ihrem sozialen Status passt. Eine neue sozialökologische Ordnung beginnt sich zu entwickeln.

4.2 Fragmentierung durch Rotation

Der sozialökologische Ansatz kann in einem gewissen Sinn als politikfern betrachtet werden. Die Integration der Zuwanderer in die aufnehmende Gesellschaft ist nicht Gegenstand eines politischen Konzeptes, sondern wird den Mechanismen des Marktes und der Lernbereitschaft der Zuwanderer übertragen. Explizit oder implizit beherrschte das daraus ableitbare

Denken („Zuwanderer sollen sich doch anpassen“) die zuwanderungspolitische Debatte der Nachkriegszeit, wenn es eine solche gegeben hat. Denn die Zuwanderung der 1960er und 1970er Jahre, massiv an der Zahl und bedeutend hinsichtlich ihrer gesellschaftspolitischen Konsequenzen, wurde gar nicht als solche gesehen, sondern als eine Form der Zeitwanderung betrachtet. Wenn Arbeitskräfte als „Gäste“ geladen werden, dann ist klar, dass sie auch wieder gehen. Die Gastarbeiterwanderung wurde nicht als Zuwanderung interpretiert, sondern als eine spezifische Form der Saisonarbeit, die keine weiteren gesellschaftlichen Konsequenzen nach sich zieht.

Gastarbeit führt – so die konzeptionelle Annahme der 1960er Jahre – nicht zur Verfestigung des Aufenthalts in der aufnehmenden Gesellschaft. Das Rotationskonzept sorgt dafür, dass bei Bedarf immer neue Arbeitskräfte in das Land geholt werden, während die anderen Arbeitskräfte wieder das Land verlassen. Kurzfristige Beschäftigungsbewilligungen, die forcierte Rückkehr in die Heimat und ein regelmäßiger Austausch der bereits im Land tätigen ausländischen Arbeitskräfte durch neu angeworbene Gastarbeiter sollten eine flexibel einsetzbare und anpassungsbereite Gruppe auf dem Arbeitsmarkt zur Folge haben.

Das Rotationskonzept scheiterte, weil viele Unternehmer in den Jahren der Hochkonjunktur an einer hohen Fluktuation wenig Interesse hatten und weil viele ausländische Arbeitskräfte für sich und ihre später nachgeholten Familienangehörigen (Ehepartner, Kinder) eine längerfristige Perspektive in den aufnehmenden Gesellschaften sahen. Was sich nicht änderte, war jedoch der grundsätzlich restriktive, nicht auf Dauereinwanderung ausgerichtete rechtliche und institutionelle Rahmen. Die Folgen waren eine partielle Fragmentierung auf der einen Seite und eine schwierige Integration auf Raten auf der anderen. Viele Gastarbeiter hielten sich die doppelte Perspektive zwischen altem und neuem Heimatland lange offen. Sie bauten Häuser in ihren Herkunftsdörfern und träumten von einer Rückkehr im Alter. Das Leben in zwei Gesellschaften (vgl. LICHTENBERGER 1984) wurde in vielen Fällen zur unfreiwilligen Lebensform. Statt in mehr Lebensqualität am Wohnort in Wien, Berlin oder München zu investieren, wurden transportable Konsumgüter angeschafft oder das Geld für die Errichtung der Wohnhäuser in den jeweiligen Heimatgebieten gespart. Aber Rückkehr war in vielen Fällen Illusion oder ausschließlich auf die erste Generation beschränkt – mit oder ohne Krieg im ehemaligen Jugoslawien.

4.3 Ethnischer Pluralismus als Gegenmodell?

Die individuellen und kollektiven Kosten des Rotationskonzepts überstiegen dessen Nutzen bei weitem. Insbesondere auch deshalb, weil es für

einen Großteil der Zuwanderer nicht probat war. Die städtischen Gesellschaften weisen weniger einen Bedarf an kurzfristigen Aufenthalten von Gastarbeitern auf, sondern benötigen eine langfristige, demographisch und ökonomisch begründbare Zuwanderung. Gegen das sozialökologische Assimilationskonzept spricht die Tatsache, dass sich die Anpassung an die dominante Kultur bei manchen Zuwanderergruppen nicht einstellte und insgesamt zu einer Negierung der mitgebrachten kulturellen Ressourcen führte. Wer sich anpassen will, der muss seine Herkunft und Herkunftskultur vergessen, um den perfekt sitzenden, kulturellen Mantel der Aufnahmegesellschaft anziehen zu können. Weil beide Ansätze Nachteile mit sich bringen, ringen viele Staaten und besonders die europäischen Großstädte, die für die Integrationspolitik vor Ort verantwortlich sind, um ein alternatives Modell.

Ob dieser dritte Weg als strukturelle Integration, als systemische Integration, als strukturelle Assimilation, als ethnischer Pluralismus oder als Multikulturalismus bezeichnet wird, ist zunächst weniger wichtig. Wesentlich ist dabei eine Politik, die eine strukturelle Angleichung der Zuwanderer zu erreichen versucht. Das heißt: Zuwanderer weisen nach einer bestimmten Aufenthaltsdauer keine strukturellen Unterschiede ihrer gesellschaftlichen Positionierung auf. Sie wohnen in vergleichbaren Wohnungen, verdienen ähnlich viel oder wenig wie die aufnehmende Bevölkerung und sie nehmen auch ähnliche Arbeitsplätze ein.

Strukturelle Angleichung ist kein ausschließlich aktiver Prozeß der Zuwanderer alleine, sondern ein Angebot der aufnehmenden Gesellschaft und damit eine Aufgabe einer umfassenden Stadtentwicklungspolitik. Bildungswege sollen für alle offenstehen und auch von allen besucht werden können. Sprach- und Qualifizierungskurse für Neuankömmlinge oder benachteiligte Gruppen sind anzubieten. Wohnungsmärkte sollen offen sein und Zuwanderer dürfen nicht auf wenige Segmente beschränkt werden, denn dies führt zur ethnischen Segregation, was die strukturelle Angleichung wiederum verhindert. Ebenso sind faktische oder normative Festschreibungen auf dem Arbeitsmarkt zu verhindern. Es wäre abträglich, wenn alle ausländischen Arbeitskräfte immer nur in bestimmten Teilbereichen des Arbeitsmarktes tätig sind, ohne Chance auf Veränderung oder Aufstieg.

Diese strukturelle Angleichung soll aber nicht von der Auslöschung der kulturellen Identität begleitet sein. Ganz im Gegenteil: diese sollte erhalten und der nächsten Generation mitgegeben werden. Strukturelle Angleichung heißt eben nicht gleichzeitig auch Assimilation. Wesentlich ist die Minimierung der strukturellen Unterschiede zwischen den Zuwanderern und der aufnehmenden Gesellschaft bei gleichzeitiger kultureller Autonomie.

Die schwierige und nicht ein für alle Mal beantwortbare Frage ist die nach dem Umfang der kulturellen Autonomie. Es wäre ein Mißverständnis zu glauben, die Autonomie kenne keine Grenzen. Wie in Abbildung 1 angedeutet, muss es einen gemeinsamen Kernbereich geben. Inhaltlich besteht dieser gemeinsame Kernbereich aus einem einheitlichen Rechtssystem, das allen gleiche Rechte gewährt, aber auch von allen akzeptiert wird, eine gemeinsame Staatsbürgerschaft, eine einigermaßen proportionale Vertretung der ethnischen Minderheiten in den wichtigsten Institutionen des Staates (Polizei, öffentliche Verwaltung, Justiz) sowie die Aneignung einer sprachlichen und kulturellen „Mindestkompetenz“ bei allen Beteiligten. Diese Gemeinsamkeiten durch das Recht, durch die Sprache und die öffentliche Verwaltung schafft das gemeinsame Band, um Fragmentierungen und damit die langfristige Gefährdung der urbanen Gesellschaft zu verhindern.

Ob das tatsächlich langfristig und konfliktfrei funktioniert, bleibt dahingestellt. Das Fragezeichen in der Kapitelüberschrift deutet diese Unsicherheit an. Autoren wie Hoffmann-Nowotny sehen jedenfalls in der Beschwörung von Pluralismus und Multikultur das Unvermögen einer Gesellschaft, Integration von Einwanderern langfristig sicherzustellen. Die Idee eines „kulturellen Selbstbehalts“ fördert – so Hoffmann-Nowotny – vielmehr und auch im Sinne einer self-fulfilling prophecy die dauerhafte strukturelle Segregation von Einwanderern. „Sie führt in einen *circulus vitiosus* und eine Gesellschaft, wie sie nicht weiter von den Utopien der multikulturellen Gesellschaft entfernt sein könnte.“ (HOFFMANN-NOWOTNY u. IMHOF 1998, S.36).

5 Ausblick

Offenheit und Pluralität sind notwendige Qualitäten von Metropolen, die in Konkurrenz zu anderen Metropolen, Global-Cities-Funktionen an sich ziehen möchten. Will eine Metropole der Sitz von Unternehmenszentralen sein und damit Prozesse im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung kontrollieren, verwalten und entscheiden, dann kann sie sich nicht gegenüber Migration aus dem Ausland abschotten. Die Städte von morgen werden zunehmend auch multikulturelle und multiethnische Städte sein (HÄUSERMANN u. OSWALD 1997).

Dazu kommen die demographischen Argumente. Weil der Geburtenrückgang in den Metropolen schon sehr früh einsetzte und die Geburtenzahlen niedrig blieben, sind die Großstädte der entwickelten Welt in der Regel mit einem hohen Anteil an alten Menschen, einer schrumpfenden Zahl inländischer Arbeitskräfte und schließlich mit Sterbeziffern, die durch inländische Geburten bei weitem nicht ausgeglichen werden können, konfron-

tiert. Die Reproduktion der Bevölkerung kann daher nur durch Zuwanderung gewährleistet werden.

Diese Reproduktion der Stadtbevölkerung durch Zuwanderung ist jedoch weder ein unkomplizierter noch ein konfliktfreier Prozess. Ganz im Gegenteil, denn mit der Zuwanderung und der Eingliederung der Migranten in die Stadtgesellschaft werden Verteilungskonflikte um Wohnungen, um den städtischen Raum, um Arbeitsplätze und soziale Positionen, aber auch Konflikte um die Gültigkeit von Werten und Normen offen oder verdeckt ausgetragen. Zuwanderung ist zwar für die aufnehmende Stadt in der Regel ein „gutes Geschäft“, weil sich meist junge und eher qualifizierte Menschen am Wanderungsprozess beteiligen, es wäre aber eine Illusion zu glauben, die Aufnahme und Eingliederung von Ausländern, manchmal auch Inländern, sei zum Nulltarif zu haben. Es bedarf eines politischen Konzepts der Städte, finanzieller Anstrengungen und manchmal auch nur öffentlicher Bekenntnisse, um Eingliederungsprozesse zu beschleunigen: Schul- und Unterrichtsprogramme, die der zweiten und dritten Generation die Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs öffnen sollen, deutliche Worte gesellschaftlicher Autoritäten, um Fremdenfeindlichkeit zu stigmatisieren und Hinweise auf die multiethnische Vergangenheit der Städte, um für mehr Verständnis für die ausländische Wohnbevölkerung zu werben. Die Stadtpolitik, die für rechtliche und „klimatische“ Bedingungen der Aufnahme vor Ort sorgen muß, ist jedenfalls gefordert.

Literatur

- BALS, C. 1991: Konzepte, Theorien und empirische Ergebnisse zur Eingliederung von Ausländern. Ein Bericht zur Literatur. In: Informationen zur Raumentwicklung 7/8, S. 513–522.
- CASTELLS, M. 1993: European Cities, the Information Society and the Global Economy. In: Tijdschrift voor economische en sociale geografie 84/4, S. 247–257.
- DIPPEL, H. (Hrsg.) 1994: Zuwanderung: Bedrohung oder Bereicherung? Beiträge zur Immigration und Integration in ausgewählten Ländern Westeuropas und Nordamerikas. Münster.
- EMMENEGGER, M. 1996: „wenn ich habe freizeit, ich gehe spazieren. immer.“ Die öffentlichen Orte jugendlicher MigrantInnen. In: Zolltexte 22, S. 12–16.
- FASSMANN, H. und R. MÜNZ 1992: Zwischen Integration und Unterschichtung. Wie sich Zuwanderer am Arbeitsmarkt verteilen. In: Knappe Güter 3, S. 43–50.
- FASSMANN, H. und U. REEGER 1999: Einwanderung nach Wien und München: Ähnlichkeiten und Unterschiede. In: Münchener Geographische Hefte 84, S. 35–52.
- FREUND, B. 1997: Staatsbürger aus entwickelten marktwirtschaftlichen Ländern in Frankfurt am Main und Umgebung. In: Frankfurter Statistische Berichte 1, S. 7–22.
- FREUND, B. 1998: Frankfurt am Main und der Frankfurter Raum als Ziel qualifizierter Migranten. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 2, S. 57–81.

- FRIEDRICHS, J. 1990: Interethnische Beziehungen und städtische Strukturen. In: H. ESSER und J. FRIEDRICHS (Hrsg.): Generation und Identität. Theoretische und empirische Beiträge zur Migrationssoziologie. Opladen, S. 305–320.
- GANS, P. 1997a: Ausländische Bevölkerung in Großstädten Deutschlands. Regionale Trends und Wirtschaftsmuster. In: Geographische Rundschau 7/8, S. 399–405.
- GANS, P. 1997b: Bevölkerungsentwicklung der deutschen Großstädte (1980–1993). In: FRIEDRICHS, J. (Hrsg.): Die Städte in den 90er Jahren. Wiesbaden, S. 12–36.
- GLEBE, G. 1996: Immigration, Labour Market and the Dynamics of Urban Residential Patterns and Segregation of Ethnic Minorities in Germany. In: K. FRANTZ und R. A. SAUDER (Hrsg.): Ethnic Persistence and Change in Europe and America. Traces in Landscape and Society. Innsbruck, S. 165–185. (= Veröffentlichungen der Universität Innsbruck, 213).
- HAUSMANN, B. 1991: Marginalisierung statt multikultureller Gesellschaft. Ausländer in Frankfurt am Main. In: Informationen zur Raumentwicklung 7/8, S. 439–445.
- HÄUSSERMANN, H. und I. OSWALD (Hrsg.) 1997: Zuwanderung und Stadtentwicklung. Opladen (= Leviathan Sonderheft, 17).
- HOFFMANN-AXTHELM, D. 1993: Stadt und Einwanderung. Einwanderung als Wurzel der Stadt. In: Stadtbauwelt 84/24, S. 1280–1289.
- HOFFMANN-NOWOTNY, H.-J. und K. IMHOF 1998: Internationale Migration und soziokultureller Wandel. In: K.-A. BOESLER, G. HEINRITZ und R. WIESSNER (Hrsg.): Europa zwischen Integration und Regionalismus. Stuttgart, S. 28–37.
- KESSLER, U. und A. ROSS 1991: Ausländer auf dem Wohnungsmarkt einer Großstadt. Das Beispiel Köln. In: Informationen zur Raumentwicklung 7/8, S. 429–438.
- KRUMMACHER, M. et al. (Hrsg.) 1995: Ausländerinnen und Ausländer im Stadtteil. Beispiel Dortmund-Nordstadt. Probleme – Konflikte – notwendige Reformen. Evangelische Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe, Bochum.
- LANGKAU-HERRMANN, M. 1981: Probleme der räumlichen Konzentration von Arbeitern und Ausländern in Großstadttinnenstädten am Beispiel der Stadt Köln. Ansatzpunkte zur Vermeidung einseitiger Bewohnerstrukturen. Dissertation, Universität Köln.
- LICHTENBERGER, E. 1984: Gastarbeiter – Leben in zwei Gesellschaften. Wien-Köln.
- MCKENZIE, R. D. 1974: Konzepte der Sozialökologie (leicht gekürzte Fassung eines Aufsatzes aus 1926). In: P. ATTESLANDER und B. HAMM (Hrsg.): Materialien zur Siedlungssoziologie. Köln, S. 101–112.
- MÜLLER, S., H.-U. OTTO und U. OTTO (Hrsg.), 1995: Fremde und Andere in Deutschland. Nachdenken über das Einverleiben, Einebnen und Ausgrenzen. Opladen.
- PARK, R. E. 1974: Die Stadt als räumliche Struktur und als sittliche Ordnung (leicht gekürzte Fassung eines Aufsatzes aus 1925). In: P. ATTESLANDER und B. HAMM (Hrsg.): Materialien zur Siedlungssoziologie. Köln, S. 90–100.
- PARK, R. E. und E. W. BURGESS 1967: The City. Chicago, London.
- SACKMANN, R. 1997: Migranten und Aufnahmegesellschaften. In: HÄUSSERMANN, H. und I. OSWALD (Hrsg.) 1997: Zuwanderung und Stadtentwicklung. Opladen, S. 42–59 (= Leviathan Sonderheft, 17).
- SEIFERT, W. 1995: Die Mobilität der Migranten. Die berufliche, ökonomische und soziale Stellung ausländischer Arbeitsnehmer in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Längsschnittdanalyse mit dem sozio-ökonomischen Panel 1984–1989. Berlin.
- TREIBEL, A. 1990: Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung und Gastarbeit. Weinheim, München (= Grundlagentexte Soziologie).